



1. österreichische Erasmus+ Jahrestagung

Wien, 6. Mai 2015

Empfehlungen an die Europäische Kommission

Die erste gemeinsame Erasmus+ Jahrestagung der österreichischen Nationalagenturen für Bildung (OeAD-GmbH) und Jugend (Interkulturelles Zentrum) am 6. Mai 2015 in Wien griff mit dem Thema „Mobilität“ das Kernthema von Erasmus+ auf.

Ziel der Veranstaltung war es, einen kritischen Blick zurück auf die ersten eineinhalb Jahre Erasmus+ zu werfen und folgenden Fragen nachzugehen: Ist das Programm – gerade im Hinblick auf Mobilität – auf dem richtigen Weg, um die wesentlichen Ziele zu erreichen? Werden alle Zielgruppen erreicht? Geht die Breite nicht verloren? Geht das Individuum nicht verloren?

Nachfolgende Anregungen/Empfehlungen wurden von mehr als 180 Teilnehmer/innen in einem interaktiven Setting formuliert. Sofern nicht speziell ausgewiesen, betreffen die Empfehlungen den Bildungs- und Jugendbereich.

I. Vielfach geäußerte Wünsche zur Programmabwicklung

Vereinfachte Programmabwicklung

1. Kürzere und leichter verständliche Formulare (Antragsformulare, Berichte, ...)
2. Vereinfachte Prozesse
3. Budgetaufstockung ab sofort, nicht erst 2017
4. Besser funktionierende und einfachere IT-Tools, um den administrativen Aufwand zu reduzieren
5. Bereitstellung von barrierefreien Dokumenten/IT Tools (z.B. Mobility Tool) zur Durchführung von Erasmus+ Projekten
6. Mehr Antragsfristen im Bildungsbereich

II. Themenspezifische Empfehlungen

Mobilität und Qualitätssicherung

1. Das neue Programm hat die Situation für kleinere Projektträger/innen (zum Beispiel kleine Erwachsenenbildungsvereine, Volksschulen, Kindergärten, Musikuniversitäten) schwieriger gemacht, da diese in unmittelbarer Konkurrenz mit großen Einrichtungen stehen, die meist über erfahrene Koordinator/innen aus ehemaligen zentralen Projekten verfügen. Die Betreuung und Umsetzung von großen Projekten ist für viele Institutionen sehr schwierig, weil die Institutionen

nicht über die hierfür benötigten Ressourcen verfügen.

→ Die Europäische Kommission soll eine eigene Einreichmöglichkeit für kleinere Projekte errichten.

2. Die Qualität von Weiterbildungsangeboten in Erasmus+ hat sich zum Teil verschlechtert. Ein userorientiertes Bewertungssystem genügt zur Qualitätssicherung nicht.
→ Die Europäische Kommission und die Nationalagenturen müssen eingreifen und Qualitätssicherung durchführen (u.a. durch Transnational Cooperation Activities).
3. Die Lehrenden bzw. Mitarbeiter/innen brauchen Weiterbildung, um „Mobilität mit Qualität“ entsprechend fördern und unterstützen zu können (Evaluierung der Mobilitäten, Betreuung von Outgoings und Incomings,...)
→ Die Europäische Kommission sollte klarere Vorgaben machen; Personen, die an Schulen, Hochschulen etc. mit der Umsetzung des Programms befasst sind, sollten verstärkt die Möglichkeit einer Weiterbildung im Bereich „Mobilität mit Qualität“ geboten werden.
4. Die Qualität einer Mobilität zeigt sich auch im Erwerb von interkulturellen Kompetenzen.
→ Die Europäische Kommission soll auf existierende Instrumente zur Messung Interkultureller Kompetenzen zurückgreifen.

Mobilität und Anrechnung & Anerkennung

1. Es existieren derzeit viele Transparenz- und Anerkennungsinstrumente nebeneinander, es gibt aber zu wenige Synergien.
→ Der Wunsch der Teilnehmer/innen geht eindeutig in Richtung einer Konsolidierung der bestehenden Instrumente (anstelle weiterer Neuerungen).
2. Erasmus+ Jugend: Die Projektträger/innen wünschen Unterstützung (z.B. durch einen Mentor) bei der Formulierung/Dokumentation von Lernergebnissen, welche in die Transparenzinstrumente einfließen (z.B. beim Youthpass).
→ Die Europäische Kommission soll derartige Bemühungen unterstützen.

Beschäftigungsfähigkeit durch Mobilität fördern

1. Stärkere Bewerbung des Nutzens von Transparenzinstrumenten bei Unternehmen.
→ Die Europäische Kommission soll derartige Bemühungen unterstützen.
2. Sektorenübergreifende Kommunikation: Es wäre wichtig, arbeitsmarktpolitische Einrichtungen und die Wirtschaft (z.B. Arbeitsmarktservice, Wirtschaftskammer) in den Mitgliedstaaten über Erasmus+ zu informieren und die Bedeutung des Programms zu erläutern; auch Lobbying der EK bei den einzelnen Staaten wäre hilfreich.
3. Stärkere zielgruppenorientierte Sichtbarmachung der Vorteile des Programms (Zielgruppen: Eltern, Jugendliche, Arbeitgeber/innen, Personalverantwortliche, Unternehmen)
→ Die Europäische Kommission soll derartige Bemühungen unterstützen.

Mobilität und Sprache

1. OLS soll auch für jüngere Zielgruppen (z.B. für Lehrlinge, die zwei Wochen mobil sind) zugänglich gemacht werden.
→ Unterstützung der Europäischen Kommission für derartige Angebote.
2. Auch das Erlernen „kleinerer Sprachen“ soll in der Mobilität unterstützt werden. Das Programm soll allgemein mehr Ermutigung und Lust auf Sprachenlernen machen.
→ Der Wunsch der Teilnehmer/innen geht eindeutig in die Richtung einer verstärkten Initiative und Bewerbung seitens der Europäischen Kommission.

3. OLS soll Sprachkurse ergänzen, kann sie aber nicht ersetzen.

Mobilität zur Förderung von Chancengleichheit und Inklusion

1. Bessere Sichtbarmachung/Kennzeichnung barrierefreier Aufnahmeeinrichtungen (z.B. auf E-Twinning, Education Gateway, Epale)
→ Die Europäische Kommission soll dies fördern und unterstützen.
2. Sonderförderungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind allgemein zu wenig bekannt. Für eine/n Praktikant/in, der/die im Rollstuhl sitzt, können z.B. in der Berufsbildung nach vorheriger Überprüfung die tatsächlichen Kosten (= keine Pauschale) übernommen werden.
→ Die Europäische Kommission soll diese Möglichkeiten stärker bewerben.
3. Auf allen Ebenen stärkere Sichtbarmachung der speziellen Fördermöglichkeiten in Erasmus+ für Personen aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Verhältnissen.
→ Die Europäische Kommission soll derartige Bemühungen unterstützen.
4. Nationalagenturen und die Europäische Kommission sollen verstärkt Vernetzungsangebote für entsendende Einrichtungen anbieten, um einen stärkeren Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.
5. Angebot von Workshops/Guidelines für Antragssteller/innen bzw. Projektträger/innen, um Inklusion in „Mainstreamprojekten“ zu initiieren.
→ Die Europäische Kommission soll derartige Bemühungen unterstützen.